

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 24.07.2012**

Sitzung Nr. 7 Ö		am Dienstag, 24. Juli 2012	
Die Sitzung ist öffentlich.			
Sitzungsort:	Ratssaal, Rathaus		
Anwesend waren:			
Vorsitzender:	Bürgermeister Dr. Alexander Eger		
Gemeinderäte:	Geider Adolf	Köck Siegfried	
	Götzmann Walter	Pfleiderer Susanne	
	Haffner Gerhard	Rehorst Tobias	
	Hanke Dr. Paul	Rössler Beate	
	Hecker Roland	Runde Anneliese	
	Heger Roman	Schell Achim	
	Heger Rudi	Speckert Ferdinand	
	Heim Andrea	Weinlein Albert	
	Herling Michael		
	Ittensohn Karl		
	Klemenz Birgit		
Protokollführer:	Helmut Braun		
Gäste:	Simone Heger, KWG (bis 19:45 Uhr), Werner Kleiber, Markus Kreibiehl (bei TOP 11, 19:15-22:25 Uhr), Elke Ott (bei TOP 6 bis 21:05 Uhr), Helmut Paul, Harres (bis 19:45 Uhr), Harry Zorn		
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr		
Sitzungsende:	22:25 Uhr		
Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 12.07.2012 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 19 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.			
Es fehlen entschuldigt:			
	Gemeinderat Benjamin Speckert (Fortbildung), Gemeinderat Reino Stegmüller (Krankheit), Gemeinderat Theo Vetter (Krankheit)		
Es fehlen unentschuldigt:			
	keine		
Bürgermeister Dr. Eger gratuliert Gemeinderat Adolf Geider nachträglich zu seinem Geburtstag.			
Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö		Tagesordnungspunkt: 1	
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 26. Juni 2012			
Ausführungen und Beschluss:			
Das Sitzungsprotokoll vom 26. Juni 2012 hat offengelegen.			
Einwendungen werden nicht erhoben.			
Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt 2 weist Gemeinderat Michael Herling darauf hin, dass es zum Schutz der Betroffenen sinnvoll wäre, wenn die Urkundspersonen nicht aus der gleichen Fraktion kommen würden. Dies habe man nach der letzten Sitzung besprochen.			
Bürgermeister Dr. Eger bestätigt, dass dies im Kreistag wie vorgetragen praktiziert werde.			
Er schlägt für die aktuelle Sitzung abweichend von der Vorlage vor, Gemeinderat Siegfried Köck und Gemeinderätin Beate Rössler als Urkundspersonen vorzuschlagen.			
Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.			
Wegen der umfangreichen Tagesordnung schlägt Bürgermeister Dr. Eger vor, dass er kurz vor 22:00 Uhr vorschlagen werde, die öffentliche Sitzung zu beenden, wenn die Tagesordnungspunkte nicht alle behandelt werden konnten. Es sei wichtig, dass die Grundstücksverkäufe im nichtöffentlichen Teil der Sitzung entschieden werden, um die Bauwilligen nicht zu behindern.			
Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö		Tagesordnungspunkt: 2	
Bestellung von Urkundspersonen			
Ausführungen und Beschluss:			
siehe TOP 1			
Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö		Tagesordnungspunkt: 3	
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung			
Ausführungen und Beschluss:			
Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Wortmeldungen aufgezeichnet und im Rahmen des Protokolls veröffentlicht werden.			
Frau Julia Bachert , Jugendsprecherin des Jugendzentrums, informiert, dass sie für die örtlichen Jugendlichen spricht. Die Begleiterin von Frau Julia Bachert überreicht einen von den Jugendlichen gebackenen Kuchen, der symbolisieren soll, dass nicht nur genommen, sondern auch gegeben wird.			

Frau Julia Bachert spricht die Raumverhältnisse des Jugendzentrums an, bei dem alle Angebote an die Jugendlichen in einem Raum stattfinden. Es zeige sich immer mehr, dass der Raum nicht ausreicht, weil auch die Nachfrage steigt. Es gebe kein Büro für die Betreuer, auch keinen Raum, in dem persönliche Gespräche stattfinden. Weiter fehle ein ausreichender Außenbereich. Auch sei die Ausstattung z.B. mit Spiegel für die Fun-Dancer zu ergänzen. Weiter werde es nötig, Hinweisschilder für das Jugendzentrum anzubringen, damit es gefunden werde. Es werde ein neues Jugendzentrum gebraucht, was auch im Gespräch war, aber es passiere nichts.

Nachdem Beifall gespendet wird, weist **Bürgermeister Dr. Eger** darauf hin, dass weder Beifalls- noch Missfallenskundgebungen erlaubt sind.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass das Jugendzentrum als Provisorium geplant und betrieben werden sollte. Die Kapazitäten der Gemeindeverwaltung seien aufgrund des Großprojektes „Hallenbad“ und des bevorstehenden Projektes „Kinderbetreuung“ ausgeschöpft. Sicher werde das Jugendzentrum bei der nächsten Haushaltsberatung wieder Thema werden und über die zeitliche Umsetzung gesprochen. Er könne jetzt keine Aussage darüber treffen, dass das Jugendzentrum von der provisorischen zur festen Einrichtung werden könne. Der Gemeinderat werde sich dazu in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2013, die im Spätjahr 2012 stattfinden, äußern. Er bedauert, dass er nichts Konkretes sagen könne, jedoch seien auch die Möglichkeiten der Gemeinde nicht unendlich, da nicht alle Vorhaben gleichzeitig erledigt werden können.

Die geschilderten Details werde man versuchen, schnell umzusetzen, und man werde auch versuchen, schnell wieder eine weibliche Betreuerin zu finden, nachdem die bisherige nach Berlin gegangen ist. Dies scheint aber nicht ganz einfach zu sein.

Zwei Jugendliche aus St. Leon-Rot weisen darauf hin, dass einzelne Geräte auf der Skateranlage einen rutschigen Belag aufweisen. Besser sei Holz geeignet, das aber relativ teuer sei. Bei den Pipes stehen auch Schrauben hervor, was gefährlich sei. Besser geeignet wäre, die Pipes in Beton zu errichten, allerdings sei Holz als Belag die beste Lösung.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass sich Bauamt und Bauhof darum kümmern werden, die Skateranlage in Ordnung zu bringen. Es soll erreicht werden, dass die Anlage auf jeden Fall bis zur Schließung im Winter zur Verfügung steht. Nachdem die Anlage rund 13 Jahre alt ist, werde man sich in der Haushaltsberatung darüber unterhalten, ob eine Sanierung der Anlage vorgenommen wird oder Ersatzbeschaffungen getätigt werden.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass im Bereich des Fahrradweges zwischen Grenzweg und Wendelinusstraße Sträucher hineinreichen und Autos abgestellt werden.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, dass sich die Gemeindeverwaltung darum kümmern werde.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes stellt **Gemeinderat Karl Ittensohn** den Antrag, den Tagesordnungspunkt 15 nichtöffentlich im Ausschuss oder im Gemeinderat vorzubereiten, weil noch Informationsbedarf besteht.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass es um die Bezuschussung einer Leistungsschau im Jahr 2013 gehe. Er stellt den Antrag von Gemeinderat Karl Ittensohn zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt mit 13 Ja- Stimmen, bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, den Tagesordnungspunkt 15 nichtöffentlich vorzubereiten.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö

Tagesordnungspunkt: 4

Feststellung der Jahresabschlüsse für die Gesellschaften der Gemeinde

Ausführungen und Beschluss:

a. Kommunale Wohnungsbaugesellschaft St. Leon-Rot GmbH

Die Geschäftsführerin der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft St. Leon-Rot GmbH, **Frau Simone Heger**, hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und geht dabei auf die Bilanzsumme, den Jahresgewinn und seine weitere Behandlung ein. Sie weist darauf hin, dass der Gewinn aus der Auflösung der Erschließungsrücklage für den Gewerbepark entstanden ist. Nachdem der Gewinnabführungsvertrag zwischen KWG und Harres GmbH gekündigt wurde, brauche der Gewinn nicht mehr abgeführt werden.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass der Gewinn zur Minderung der Verbindlichkeiten in beträchtlicher Höhe verwendet wird.

Gemeinderat Karl Ittensohn erinnert an die Aussprache im Aufsichtsrat. Danach habe die aufgelöste Rücklage nicht an den Harres abgeführt werden können, weil sie zweckgebunden war. Künftig werde die Gesellschaft sich vorwiegend um die Hausverwaltung der gemeindeeigenen und die im Nießbrauch genutzten Gebäude kümmern, nachdem der eigentliche Zweck der Erschließung entfallen ist. Es wäre das Optimum für die Gesellschaft, wenn sie künftig eine schwarze Null erreiche.

Gemeinderat Albert Weinlein sieht den Zweck der Gesellschaft auch darin, günstigen Wohnraum für sozial Schwache bereitzustellen. Mit diesem Grund sei die Gesellschaft notwendig. Er dankt der Geschäftsführung für die geleistete Arbeit.

Gemeinderätin Birgit Klemenz erklärt, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Sie fragt, ob Ertragssteuern für den Gewinn anfallen werden, nachdem der Gewinnabführungsvertrag nicht mehr bestehe.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass man nach Beratungen mit dem Steuerberater sich für diesen Weg entschieden habe, nachdem andere denkbare Wege auch nicht besser gewesen wären. Es habe bereits bei der

ergebnisneutralen Entpflichtung der Gesellschaften Probleme gegeben, andere Wege wären noch schwieriger gewesen. Ein kostengünstiger Übertrag des Gewinns auf den Harres sei auch nicht mehr möglich gewesen, nachdem der Gesetzgeber dieser Verfahrensweise entgegengewirkt habe.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die Beschlusspunkte 1 und 2 der Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gesellschafter der kommunalen Wohnungsbau GmbH, Herr Bürgermeister Dr. Eger, wird bevollmächtigt, den Beschluss zur Bilanzsumme und zum Jahresgewinn in einer Gesellschafterversammlung zu fassen und zu dokumentieren.

Anschließend stellt **Bürgermeister Dr. Eger** Beschlusspunkt 3 der Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gesellschafter der kommunalen Wohnungsbau GmbH, Herr Bürgermeister Dr. Eger, wird bevollmächtigt, den Aufsichtsrat in einer Gesellschafterversammlung zu entlasten und dies zu dokumentieren.

b. Harres Veranstaltungs-GmbH St. Leon-Rot

Der Geschäftsführer der Harres Veranstaltungs-GmbH St. Leon-Rot, **Herr Helmut Paul**, hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und informiert über die im Jahr 2011 zustande gekommenen Belegungen des Harres.

Gemeinderätin Susanne Pfeleiderer attestiert der Geschäftsführung und dem Team gute Arbeit und erklärt, dass das negative Ergebnis bestimmt nicht aus dem Restaurantbetrieb resultiere. Sie dankt Geschäftsführung und den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Geschäftsführer Helmut Paul informiert, dass der Restaurantbetrieb einen Gewinn von rund 200.000 € verzeichnet habe.

Die **Gemeinderäte Gerhard Haffner, Birgit Klemenz, Rudi Heger** und **Andrea Heim** danken der Geschäftsführung und dem Team für die geleistete Arbeit. Sie signalisieren jeweils die Zustimmung ihrer Fraktionen.

Bürgermeister Dr. Eger schließt sich dem ausgesprochenen Dank an und weist darauf hin, dass nicht nur das Restaurant, sondern ein gesamtes Tagungszentrum betrieben werde. Aus Gesprächen mit Kollegen wisse er, welche Defizite in anderen Städten anfallen. Es sei oft schwierig, kommerzielle und gemeinnützige Veranstaltungen zu koordinieren. Zur Veranstaltung für das Hospiz Agape am vergangenen Wochenende könne er berichten, dass die Bevölkerung mehr als 10.000 € gespendet habe und auch dafür bedanke er sich.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die Beschlusspunkte 1 und 2 der Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Bürgermeister wird bevollmächtigt, in einer Gesellschafterversammlung die Beschlüsse zur Feststellung des Jahresbeschlusses und zur Behandlung des Jahres Ergebnisse zu fassen und zu dokumentieren.

Bürgermeister Dr. Eger stellt Beschlusspunkt 3 der Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Bürgermeister wird bevollmächtigt, in einer Gesellschafterversammlung den Aufsichtsrat zu entlasten.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
--	------------------------------

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiter Helmut Braun hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Einführung entsprechend sensibel und mit Information der Bevölkerung erfolgen werde. Hinzuweisen sei auch, dass Verwarnungsgelder und Bußgelder vollzogen und durchgesetzt werden. Es mache auch keinen Sinn, wenn der Gemeinderat unter Wünsche und Anfragen persönliche Belange Einzelner thematisiere und Gemeindevollzugsdienst oder Gemeindeverwaltung kritisiere. Gleiches gelte auch für Anfragen bei Verwaltung und Bürgermeister. Es sei in den Gemeinden mit Vollzugsdienst gelebte Praxis, dass sich auch der Bürgermeister nicht einmische, wenn der Vollzugsdienst Verwarnungen und Bußgelder verhängt. Dies sei Voraussetzung dafür, dass ein Vollzugsdienst überhaupt eingeführt werde.

Gemeinderat Siegfried Köck erklärt, dass seine Fraktion zwei Stellungnahmen abgeben werde. Er bezeichnet die Verwaltungsvorlage als unklar, weshalb aufgrund fehlender Informationen diese zu ergänzen ist. So fehlen Informationen zur Mobilität und den Arbeitszeiten des Gemeindevollzugsdienstes. Auch sei Art und Umfang der Aufgabe unklar. Es sei zu klären, wie sich der Vollzugsdienst bei Fehlverhalten der Bürger verhalte und wer das Abarbeiten der Verwarnungs- und Bußgeldverfahren übernehme. Weiter seien die persönlichen Voraussetzungen des Vollzugsbediensteten und die Finanzierung und Folgekosten darzustellen. Für die Freien Wähler fehlten auch die Voraussetzungen wie Halteverbote, Parkraumbewirtschaftung, Parkscheibenregelung und Ausweisung von Parkflächen. Deshalb stelle seine Fraktion den Änderungsantrag, den Vollzugsdienst probeweise für zunächst sechs Monate einzuführen, den Vollzugsbediensteten auf 400 Euro-Basis einzustellen und Verstöße in den ersten zwei Monaten zunächst mündlich anzusprechen, bei gravierenden Fällen zur Anzeige zu bringen.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Einführung des Gemeindevollzugsdienstes in seiner

Amtszeit mindestens dreimal auf der Tagesordnung des Gemeinderates stand. Er bittet um Verständnis dafür, dass man sich der Grundsatzfrage gewidmet habe, einen Vollzugsdienst einzuführen, und nicht auf die einzelnen Details eingegangen ist. Nachdem es in der Vergangenheit trotz Erarbeitung der Details immer abgelehnt worden sei, habe man sich jetzt auf die Grundsatzfrage beschränkt. Die offenen Dinge müssten natürlich geregelt werden. Man werde bei der in der Vorlage genannten Bezahlung niemanden einstellen können, der die soziale Kompetenz eines Sozialarbeiters habe. Über Umfang und Ausgestaltung der Aufgaben sei der Gemeinderat im Rahmen der Vorlage informiert.

Gemeinderat Roman Heger sieht es als unerlässlich an, einen Gemeindevollzugsdienst zu etablieren, auch wenn er erwarte, dass noch einige Gemeinderäte dagegen stimmen werden. Es sei zu fragen, warum die umliegenden Gemeinden einen Gemeindevollzugsdienst haben, der nicht nur für Verwarnungen etc. da sei. Er geht auf die möglichen Aufgaben des Gemeindevollzugsdienstes ein und erklärt, dass es wichtig sei, dass der Vollzugsdienst auch vom Gemeinderat gestützt werde, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Er erklärt, dass seine Fraktion der Meinung sei, dass in St. Leon-Rot ein Gemeindevollzugsdienst benötigt werde.

Gemeinderat Ferdinand Speckert erklärt, dass er die Forderung seines Vorredners für sich und seine Fraktion ablehne, weil der Bürger bürokratisiert werde und es für eine ländliche Gemeinde überzogen sei. Es gebe Missstände beim Parken, allerdings sei die Frage, ob ausreichend Parkplätze vorhanden sind und die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Er spricht Mofafahrer an, die im Bereich Kirrgasse, Konradusstraße mit getunten Mofas herumfahren. Da sei auch durch einen Gemeindevollzugsdienst keine Abhilfe möglich. Auch die von seiner Fraktion unterstützte Sozialarbeit, die auf die Jugendlichen zugehen sollte, schaffe da keine Lösung. Auch in Gesprächen mit den Bürgern in Rot habe sich auf keiner Ebene die Zustimmung zum Gemeindevollzugsdienst ergeben, weshalb seine Fraktion die Einrichtung ablehne.

Gemeinderat Rudi Heger erinnert an die Diskussion in den vergangenen Jahren und erklärt, dass seine Fraktion es für notwendig halte, einen Vollzugsdienst einzurichten. Bürger, die sich an die Vorschriften hielten, müssten einen Vollzugsdienst nicht fürchten. Er stimmt für seine Fraktion der Beschlussvorlage zu.

Für **Gemeinderätin Andrea Heim** ist es wichtig, dass der Gemeindevollzugsdienst keine Abzocke darstelle, sondern zum Wohl der Bürger arbeite. Sie erklärt, dass ihre Fraktion grundsätzlich für die Einführung des Gemeindevollzugsdienstes ist, wobei Details noch festgelegt werden können.

Der Beitrag von **Gemeinderat Karl Ittensohn** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen.

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Eger. Da ich es schon lange nicht mehr gemacht habe, bitte ich um Aufnahme ins Wortprotokoll.

Wieder einmal dürfen wir uns mit dem Reizthema „Einrichtung eines gemeindlichen Vollzugsdienstes“ befassen. Herr Dr. Eger, der Kollege Herr Heger hat schon gesagt, der Antrag der Fraktionen fehlt in der Unterlage. Ich weiß nicht, ob er zurückgezogen wurde oder warum er nicht dabei lag. Ich meine, die Befürworter oder viele von Kolleginnen und Kollegen haben es mittlerweile auch geschafft, dass wir Freie Wähler intern nicht mehr eine Meinung haben, aber ich persönlich lehne den Gemeindevollzugsdienst nach wie vor aus folgenden Gründen ab: Wir im Land Baden-Württemberg haben die Polizei landauf und landab. Die Aufgaben der Polizei wurden so vielfältig, dass die Polizei für die Kommunen und Städte keine Zeit mehr hat. Bei Sportveranstaltungen wie im letzten Wochenende verdienen die Veranstalter Millionen von Euro und dies wird alles auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger oder der Steuerzahler abgewickelt und für die eigentliche oder für die Aufgaben innerhalb der Gemeinden haben die Polizei keine Zeit mehr. Da kann ich einfach nicht mitgehen. Noch dazu kommt, dass wir den Gemeindevollzugsdienst dann auch selbst bezahlen müssen als Kommune. Wenn ich dran denke, hier im Rat wurde vor zwei Jahren wenn ich es richtig weiß oder drei auch der Security-Dienst eingerichtet bei Großveranstaltungen. Da ist genau das Gleiche passiert. Man hat die Polizeidienste verstehe ich ja auch, dass die Polizei das zeitlich nicht mehr stemmen kann weil man einfach bei sehr vielen Großveranstaltungen seinen Dienst machen muss. Und jetzt wurde diese Sache auf Kosten der Kommunen oder der Vereine abgewälzt. Eine Verbesserung konnte ich eigentlich nicht feststellen. Und in der Vorlage, das hat mein Kollege Siegfried Köck schon vorgetragen, dass verschiedene Punkte nicht geklärt sind, da möchte ich nicht mehr darauf eingehen.

Ich habe eine Frage. Warum benötigt man einen Gemeindevollzugsdienst für eine Geschwindigkeitsmessung? Ich glaube nicht, dass ein Gemeindevollzugsbeamter hier stehen kann und die Geschwindigkeit schätzen kann. Hier muss die Technik dabei sein, Messtechnik, und das kann man bisher auch machen. Ich glaube auch nicht, dass man weniger Müllablagerungen in Flur und Feld haben, denn in der Nachbargemeinde, wo ein Gemeindevollzugsdienst ist, ist teilweise sogar noch viel mehr Müll. Also für das, glaube ich, da brauchen wir keinen Gemeindevollzugsbeamten. Wo wir schon oft diskutiert haben war der ruhende Verkehr zu überwachen, sogenannte Kurpfalz-Parker, wo Knollen dran hängen ist in meinen Augen das Eine, das Andere ist natürlich wie der Kollege Speckert gesagt hat, wir haben keine Rahmenbedingungen geschaffen, wir haben teilweise fehlende Parkplätze. Wir haben es noch nicht einmal fertiggebracht ein Schild hinzustellen „Parkdauer auf 2 Stunden begrenzt“. Das sind für mich Dinge, die einfach gemacht werden müssen, und das habe ich in der letzten Stellungnahme vor Jahren auch schon gesagt, die im Vorfeld sein müssen.

Wir sind eigentlich als Gemeinderat auch verpflichtet, dem Gemeindevollzugsdienst saubere Rahmenbedingungen zu schaffen und die haben wir in meinen Augen in unserer Gemeinde noch nicht. Ich meine, es ist

ganz einfach wie einige Kollegen jetzt schon gesagt hatten, Verbotschilder usw. aufzustellen, die werden eh nicht beachtet. In ganz Deutschland stehen Millionen von Schildern, ich wüsste nicht, dass alle Schilder beobachtet und überwacht werden und trotzdem werden die Schilder eingehalten, 70 km/h auf Landstraße usw. Also für mich ist das ein Thema, das ich nicht nachvollziehen kann. Ich behaupte mal, dass unsere Autofahrer hier im Ort gar nicht so schlecht sind, wie wir hier sie teilweise hinstellen. Denn ich kann mich noch sehr wohl erinnern, Kronauer Straße in St. Leon wo die Problematik war, da wurden Parkverbotschilder aufgestellt für einseitiges Parken und und und. Hier wurde auch diskutiert und hier im Rat, das kann man machen, aber das beachtet eh kein Mensch. Wenn ich da heute ab und zu mal durchfahre, muss ich dazu sagen, dass sich diese Sache eigentlich wesentlich verbessert hat gegenüber vorher und man dort mittlerweile auch durch die Straßen durchkommt, auch mit einem Feuerwehrfahrzeug von der Parksituation her.

Was ich noch zu bedenken gebe, ist, wir haben in den nächsten zwei, drei Jahren in beiden Ortsteilen noch Straßensanierungen. Und wir als Gemeinderat kommen jetzt, wo die Leute sowie schon den Stress und Ärger haben, weil sie keine Parkplätze haben, nicht in die Straßen fahren dürfen, und richten noch einen Gemeindevollzugsdienst ein, mit dem man tagtäglich die Bürgerinnen und Bürger noch ärgert. Also das ist etwas, wo ich mit Sicherheit so nicht mittragen werde. Für mich gibt's zwei Dinge, wenn der Gemeindevollzugsdienst in unserer Gemeinde die Arbeit richtig erledigt, dann hat die Gemeindeverwaltung, auch wenn sie es vorhin anders behauptet haben Herr Dr. Eger, ein Telefon, das immer heiß ist und immer klingelt. Die zweite Variante ist, er gibt es irgendwann auf, und dann ist es wie es in vielen Nachbargemeinden auch ist, dass er sich zurückzieht, weil die Basis nicht geschaffen ist und dann ist eigentlich auch keine große Veränderung.

Dann habe ich noch eine Frage zu der Vorlage. Das hat der Herr Braun auch erklärt, in der Zuständigkeit oder wer dem Gemeindevollzugsdienst oder Beamten gegenüber weisungsbefugt oder weisungsberechtigt ist. Der Gemeinderat und der Bürgermeister stellen den Gemeindevollzugsbeamten ein, haben aber keinen Einfluss auf dessen Tätigkeit so wie es drin steht. Weiter hinten oder weiter vorne steht, dass er der Ortspolizeibehörde unterstellt ist. Meines Wissens klären Sie mich hier bitte auf, ist die Ortspolizeibehörde oder der Chef der Ortspolizeibehörde der Herr Bürgermeister. Also ist er dann doch weisungsbefugt dem Gemeindevollzugsbeamten gegenüber. Ich frage so gezielt, weil ich wissen möchte, wer der Chef oder wer für den Gemeindevollzugsbeamten da ist, denn das Gesetz oder das Regierungspräsidium oder was wir in den Unterlagen hatten, glaube ich kaum, dass da bei uns hier irgendetwas geregelt wird. Ich persönlich lehne wie in den letzten zwei Behandlungen den Gemeindevollzugsbeamten eben aus diesen genannten Punkten ab, denn ich bin auch der Meinung, dass wir zuerst als Gemeinde unsere Rahmenbedingungen und die Basis schaffen müssen, damit man ordentlich und sauber arbeiten kann. Vielen Dank.“

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass der Vollzugsbedienstete gesetzlich normierte Regelungen überwacht und hat dabei relativ wenig Ermessensspielraum. Diesen könne er soweit gegeben ausüben, wodurch seine Entscheidungen nur beschränkt nachprüfbar machen. Es könne nicht Einfluss bestehen, ob eine Verwarnung vollzogen werde oder nicht. Das Kernproblem sei, dass der Gemeinderat hinter der Arbeit des Gemeindevollzugsdienstes stehe und diese stütze. Bei Geschwindigkeitsmessungen sei es erforderlich, dass eine amtliche Person anwesend sei und die Messung beaufsichtige. Zur Parkraumbewirtschaftung ist festzustellen, dass diese dann keinen Sinn mache, wenn keine Kontrolle erfolge, wie es bisher war. Es sei auch festzustellen, dass geparkt werde, ohne Rücksicht auf Menschen mit Rollatoren oder auf Kinder Rücksicht zu nehmen, die den Gehweg zum Radfahren zu benutzen haben. Man könne darüber diskutieren, ob ein Gemeindevollzugsdienst eingeführt werden soll oder nicht, aber klar müsse sein, wenn der Gemeindevollzugsdienst kommt, dass ihm der Rücken zu stärken ist.

Gemeinderat Adolf Geider moniert, dass er einen Geschäftsordnungsantrag stellen wolle und Gemeinderat Walter Götzmann das Wort erteilt wurde. Nach kurzem Disput erhält Gemeinderat Walter Götzmann das Wort.

Gemeinderat Walter Götzmann erinnert daran, dass er den Gemeindevollzugsdienst bereits 2002 und 2008 beantragt habe. Der Vollzugsdienst habe nicht nur die Aufgabe, Strafzettel zu verteilen, sondern viele andere, z.B. die Kinderspielplätze zu überwachen. Er plädiert dafür, den Vollzugsdienst zu beschließen, und bittet um die Zustimmung dazu.

Bürgermeister Dr. Eger greift den Antrag auf Abstimmung durch Gemeinderat Adolf Geider auf und geht auf den Antrag, den Gemeindevollzugsdienst probeweise für 1 Jahr auf 400 Euro-Job-Basis zu beschließen, ein. Es ergibt sich eine Diskussion über die Größe des Vollzugsdienstes, die dazu führt, dass die Besetzung der Vollzugsdienste der Nachbargemeinden dargestellt wird. Weiter wird die Dauer der Einrichtung des Vollzugsdienstes diskutiert, wobei Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass eine kürzere Zeit als 2 Jahre als nicht praktikabel betrachtet werde.

Bürgermeister Dr. Eger trägt nochmals den Beschlussvorschlag der Verwaltung vor und fragt, ob darüber ohne weitere Aussprache entschieden werden soll.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke erklärt, dass aus Sicht seiner Fraktion nach wie vor Diskussionsbedarf bestehe, weil noch nicht alle Argumente ausgetauscht sind.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die Frage zur Entscheidung, ob über die Einführung des Gemeindevollzugsdienstes ohne weitere Aussprache abgestimmt werden soll.

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja- Stimmen, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung, ohne weitere Aussprache abzustimmen.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Änderungsantrag von Gemeinderat Siegfried Köck zur Abstimmung, den Gemeindevollzugsdienst für eine Dauer von 12 Monaten auf 400 Euro-Basis einzurichten.

Der Gemeinderat lehnt diesen Antrag bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, mit 14 Gegenstimmen ab.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Beschlussvorschlag laut Gemeinderatsvorlage zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst mit 11 Ja- Stimmen, bei 9 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:

1. In der Gemeinde St. Leon-Rot wird ein gemeindlicher Vollzugsdienst eingerichtet.
2. Dem Vollzugsdienst werden alle in § 31 DVO PolG aufgeführten Vollzugsaufgaben übertragen. Für die Übertragung der Aufgaben nach § 31 Absatz 4 DVO PolG ist die Zustimmung der Forstbehörde einzuholen.
3. Die Stelle ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Die Eingruppierung erfolgt nach Stellenbewertung (voraussichtlich in Entgeltgruppe 4 – 6).
4. Die für die Einrichtung des Vollzugsdienstes notwendigen sachlichen Haushaltsmittel sind zu ermitteln und gegebenenfalls überplanmäßig bereitzustellen (Personalmittel sind im Haushalt 2012 ausreichend veranschlagt).

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö

Tagesordnungspunkt: 6

„Alter, Pflegebedürftigkeit und Demenz“

Antrag der Kirchlichen Sozialstation Walldorf/St. Leon-Rot e.V. auf Zuschuss zur Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenz

Ausführungen und Beschluss:

Sachgebietsleiterin Elke Ott hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger verdeutlicht die Finanzierung, die aus Eigenmitteln, Zuschüssen und Teilnehmerbeiträgen besteht.

Gemeinderat Siegfried Köck erinnert an die bisherige Arbeit und betont, dass das angesprochene Problem jeden treffen könne. Er führt aus, dass die erste Gruppe belegt sei und eine Warteliste bestehe. Die Betreuung in den Gruppen bedeute Entlastung der pflegenden Angehörigen. Seine Fraktion wolle die Sozialstation unterstützen. Die Gemeinde müsse sich Richtung altersfreundliche Kommune entwickeln, dabei Angehörige und ehrenamtlich Engagierte unterstützen sowie mittels Veranstaltungen informieren. Er fordert die Verwaltung auf, Ideen zu bearbeiten, mit denen Unterstützung gewährt werden könne. Es werde auch erforderlich, im Zuge der Haushaltsberatungen 2013 eine Arbeitsstelle zu behandeln.

Bürgermeister Dr. Eger erinnert daran, dass über die Stelle bereits diskutiert wurde. An dem Anforderungsprofil werde gearbeitet, um dem Gemeinderat nach der Sommerpause einen Vorschlag im Gesamtkontext zu unterbreiten.

Gemeinderat Walter Götzmann spricht sich für seine Fraktion für den Zuschuss an die kirchliche Sozialstation aus, der er den Dank für die geleistete Arbeit erstattet.

Gemeinderat Ferdinand Speckert zeigt sich überrascht über den geringen Zuschuss, den die Sozialstation erhalten soll. Bisher sei man davon ausgegangen, dass der für den Betrieb der weiteren Gruppe notwendige Betrag von 22.700 € gewährt werde. Deshalb wolle er wissen, weshalb die Gemeinde nicht den gesamten Betrag, sondern lediglich 4.500 € zur Verfügung stellen wolle.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass mit dem von der Gemeinde bereitgestellten Betrag Zuschüsse von 9.500 € abgerufen werden können. Hinzu kommen die Teilnehmerbeiträge, die diesen von der Pflegekasse ersetzt werden, sodass für den Träger ein Zuschuss von rund 2.100 € verbleibt. Daraus folge, dass mit den im Haushalt veranschlagten Mitteln nicht nur eine, sondern mehrere Gruppen bezuschusst werden könnten. Allerdings dürfe die Sozialstation nicht überfordert werden.

Gemeinderat Rudi Heger äußert die Zustimmung seiner Fraktion zur Beschlussvorlage. Er weist darauf hin, dass die Kommunen an der Finanzierung bereits über den Landkreis beteiligt sind und es sich nicht um eine Pflichtaufgabe der Gemeinde handelt.

Gemeinderätin Andrea Heim ist erfreut über die gewährten Zuschüsse, die es ermöglichen werden, eventuell weitere Unterstützung zu gewähren.

Auf entsprechende Frage von **Gemeinderätin Birgit Klemenz** informiert **Bürgermeister Dr. Eger**, dass noch ein Eigenanteil bei der Sozialstation verbleiben muss, um die Zuschüsse von der Pflegekasse zu erhalten.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Kirchliche Sozialstation Walldorf/St. Leon-Rot e.V. erhält einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 4.500 € zur Einrichtung einer weiteren Betreuten Gruppe für Menschen mit Demenz mit der Maßgabe, dass von der Sozialstation Eigenmittel eingebracht werden, um die Zuschüsse von Land und Pflegekasse zu erhalten.

Der Zuschuss der Gemeinde wird bis auf Widerruf durch den Gemeinderat gewährt.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö

Tagesordnungspunkt: 7

Verbesserung der Schulsozialarbeit an der Parkringschule

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiter Helmut Braun hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Er weist dabei darauf hin, dass die Betreuungskraft für die beiden Schülercafés nicht mehr zur Verfügung

steht, so dass sich die Schulsozialarbeiterinnen selbst darum kümmern müssen.

Gemeinderätin Anneliese Runde erinnert daran, dass die Schulsozialarbeit auf Anträge ihrer Fraktion zurückgeht und viel Überzeugungsarbeit gekostet hat. Sie sieht aufgrund des Angebotes der Schulsozialarbeit Bedarf sowohl in der Werkrealschule wie auch in der beantragten Gemeinschaftsschule und erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion. Sie fragt abschließend, ob nach der Verlagerung der Klassen der Werkrealschule an die Parkringschule das Schülercafé in der Mönchsbergschule bestehen bleibt. Abschließend dankt sie den Schulsozialarbeiterinnen an beiden Schulen für die geleistete Arbeit.

Hauptamtsleiter Helmut Braun bestätigt, dass das Schülercafé an der Mönchsbergschule auch für die Grundschule bestehen bleibt.

Gemeinderat Achim Schell stimmt für die CDU St. Leon-Rot dem Beschlussvorschlag zu. Er geht auf das Schreiben des Staatlichen Schulamtes Mannheim ein, das mit einem Federstrich den Beschluss des Gemeinderates, die Klassen 5 und 6 der Werkrealschule an der Mönchsbergschule zu unterrichten, aufhebe. Er fragt, ob dazu heute noch Beschlüsse gefasst werden. Er sei der Meinung, dass das Schulamt sich an die Beschlüsse des Schulträgers zu halten habe.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass der Unterricht an der Mönchsbergschule für je zwei Klassen der Klassenstufe 5 und 6 vorgesehen war. Zum kommenden Schuljahr werden lediglich insgesamt 43 Kinder diese beiden Klassenstufen besuchen, für die das Schulamt die Wochenstunden für die Klassenlehrer und die Fachlehrer nur schwierig organisieren kann. Weitere Probleme würden bei der Vertretung und der Pausenaufsicht auftreten. Deshalb habe das Schulamt entschieden, die Klassen 5 und 6 ab dem kommenden Schuljahr an der Stammschule, der Parkringschule, zu unterrichten.

Gemeinderat Michael Herling berichtet von eigenen positiven Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit und stimmt für seine Fraktion der Vorlage zu.

Gemeinderätin Andrea Heim stimmt für ihre Fraktion der Beschlussvorlage zu.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der Arbeitszeit von Frau Krämer von 28 auf 31 Stunden / Woche ab dem Schuljahr 2012/2013 zu.

Die dafür notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von zirka 2.000 € werden überplanmäßig bereitgestellt.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö

Tagesordnungspunkt: 8

Unterhaltung Wirtschaftswege 2012; hier: Auftragsvergabe

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Nach kurzer Aussprache, in der die gestellten Fragen beantwortet werden, fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zur Feldwegsanierung mit einer vorläufigen Auftragssumme von 154.253,88 € an die Firma Diringer & Scheidel aus Mannheim zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö

Tagesordnungspunkt: 9

Umnutzung Hallenbad St. Leon

hier: Auftragsvergaben

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Arbeiten aus Befangenheitsgründen gesondert vergeben werden sollen und ruft die Putz- und Stuckarbeiten auf.

Gemeinderat Gerhard Haffner ist befangen; er nimmt während der Beratung und Beschlussfassung im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, der Fa. Schemenauer, St. Leon-Rot, den Auftrag für die Putz- und Stuckarbeiten für die Umnutzung des Hallenbades in St. Leon zum Angebotspreis von 26.850,57 € zu erteilen.

Gemeinderat Gerhard Haffner kehrt an den Beratungstisch zurück.

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag für die Tischlerarbeiten und die Trockenbauarbeiten entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, folgenden Firmen die Aufträge für die Umnutzung des Hallenbades in St. Leon zu erteilen:

Tischlerarbeiten	Fa. Boschert, 69254 Malsch	41.943,81 €
Trockenbauarbeiten	Fa. Lechnauer & Reuther, 67368 Westheim	79.163,99 €

Vor Aufruf der Vergabe der Verglasungsarbeiten führt **Bürgermeister Dr. Eger** aus, dass die Differenz der Angebotspreise zwischen dem Erst- und Zweitplatzierten lediglich rund 350 € beträgt. Da in diesem Fall Diskussionen kommen können, erklärt er sich in diesem Fall für befangen, weil der Zweitplatzierte für ihn privat vor kurzem einen für seine Verhältnisse großen Auftrag durchgeführt hat. Er wolle vermeiden, dass der Ein-

druck entsteht, dass er die Diskussion wegen seines privaten Auftrages beeinflusst habe. Bürgermeister Stellvertreterin Anneliese Runde werde die Sitzungsleitung übernehmen.

Die Gemeinderäte **Roland Hecker** und **Rudi Heger** sowie **Bürgermeister Dr. Eger** sind befangen; sie nehmen während der Beratung und Beschlussfassung im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Stellvertreterin Anneliese Runde übernimmt die Sitzungsleitung um 21:15 Uhr.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Aufgrund des knappen Abstandes habe man die im Hause anwesenden GPA-Prüfer gebeten, sich den Vorgang anzuschauen. Dabei wurde festgestellt, dass die Angebote und die Preise in Ordnung sind.

Deshalb schlage die Verwaltung vor, den Auftrag an die Firma Hörmann Barkas, Frankenberg, zu erteilen.

Gemeinderätin Andrea Heim und Gemeinderat **Michael Herling** haben kein Verständnis, dass aufgrund des geringen Differenzbetrages der Auftrag an einen auswärtigen Unternehmer erteilt werden soll. Sie bitten die Verwaltung zu prüfen, ob es Spielraum gebe, der es rechtlich ermögliche, den ortsansässigen Handwerker zu beauftragen.

Gemeinderat Michael Herling weist dabei auf die Bestimmung in den allgemeinen Vergabebedingungen hin, wonach der niedrigste Angebotspreis allein nicht bestimmend sei, und er bittet darum, auch die rechtlichen Konsequenzen eines anderen Beschlusses des Gremiums darzustellen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber weist zunächst darauf hin, dass die Verglasungsarbeiten nicht bis zum Schulbeginn erledigt sein müssen, weil sie außerhalb des schulischen Bereichs liegen. Die Voraussetzungen der zu beauftragenden Firma sind geprüft worden und in Ordnung gewesen. Es sei richtig, dass der Auftrag nach VOB zu bewerten ist und der Billigste nicht immer der Günstigste oder Wirtschaftlichste ist. Es sei geprüft und festgestellt worden, dass beide Anbieter das gleiche Material angeboten haben. Auch die weiteren Konditionen der Angebote seien gleich, so dass die Verwaltung keine Möglichkeit gesehen hat, einen anderen Beschlussvorschlag zu unterbreiten, als den in der Verwaltungsvorlage enthaltenen.

Auf entsprechende Aussage von **Gemeinderat Roman Heger**, dass der Unterschiedsbetrag im Rahmen eines Falles der Gewährleistung schnell überschritten werde, informiert **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass bei Gewährleistungsfällen keine Anfahrt bezahlt werde. Er verweist auf die Referenzen in Köln und Rüsselsheim, die auch nicht in Nähe des Firmensitzes liegen.

Gemeinderat Karl Ittensohn betont, dass das Gremium trotz des geringen Unterschiedsbetrages keine Handhabe habe, anders zu entscheiden als empfohlen. Die Vergaberichtlinie verhindere eine andere Entscheidung. Er stellt den Antrag an die Verwaltung, den er schriftlich nachreichen werde, zu prüfen, ob es rechtliche Möglichkeiten gebe, die Vergaberichtlinien entsprechend zu ändern. Das Ansinnen in seiner Fraktion sei, dass die Aufträge und die Wertschöpfung in der Region bleiben. Abschließend bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob es keine Möglichkeit gebe, dass solche Aufträge künftig in der Region bleiben.

Gemeinderat Gerhard Haffner ist der Meinung, dass in diesem Fall Wirtschaftlichkeit gefragt sei. Aus Sicht seiner Fraktion gehe es nicht um die rechtlichen Vorgaben, sondern darum, ein Exempel zu statuieren, weshalb seine Fraktion der Vergabe nicht zustimmen werde. Es gehe darum festzustellen, wie weit man gehen könne, ohne dass es zu einem Prozess komme. Wenn die Gefahr bestehe, müsse das Thema noch einmal vor den Gemeinderat und neu vergeben werden.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass er den Gemeinderat auf die vermeintliche Rechtswidrigkeit dieses Beschlusses hinweisen muss. Er weist darauf hin, dass ein Klagerisiko besteht, zumindest auf Ersatz des entgangenen Gewinns oder im Extremfall auf Erteilung des Auftrages. Er habe im Gespräch mit dem GPA-Prüfer heute Morgen erfahren, dass die Gerichte inzwischen im Rahmen des Bieterschutzes die Entscheidungen eines Gremiums durch Urteile ersetzen. Er weist weiter darauf hin, dass der Auftrag an den Zweitbietenden so lange nicht erteilt wird, so lange die Absage an den Erstbietenden nicht geklärt ist. Die Verwaltung müsse schauen, dass sie widerspruchs- bzw. klagefrei bleibe, solange ruhen im Zweifel die Arbeiten.

In der weiteren Aussprache werden verschiedene Aspekte zur rechtlichen Situation besprochen. Dabei wird erklärt, dass eine gerichtliche Auseinandersetzung vermieden werden soll.

Seitens der Verwaltung führt **Bauamtsleiter Werner Kleiber** aus, dass er nicht prognostizieren könne, ob die nicht mit dem Auftrag bedachte Firma klagen werde. Es bestehe jedoch die Gefahr, weshalb ein Auftrag an die zweitplatzierte Firma erst vergeben werden würde, wenn dies geklärt ist.

Der Gemeinderat fasst mit 9 Ja- Stimmen, bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Verglasungsarbeiten für die Umnutzung des Hallenbades in St. Leon an die Firma Hörmann Barkas, Frankenberg, zum Angebotspreis von 107.556,34 € zu erteilen.

Bürgermeister Dr. Eger übernimmt um 21:45 Uhr wieder die Sitzungsleitung.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes schlägt **Bürgermeister Dr. Eger** aufgrund der fortgeschrittenen Zeit vor, die Tagesordnungspunkte 11 und 12 vorzuziehen, weil deren Entscheidung wichtig ist.

Der Gemeinderat ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Aufstellung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar	
hier: Anhörung gemäß § 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) Rheinland-Pfalz	

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt: 11
Sanierung Schneckenpumpe; hier: Auftragsvergabe	

Ausführungen und Beschluss:

Tiefbauingenieur Markus Kreibiehl hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

In den zustimmenden Stellungnahmen werden die Fragen gestellt, warum die Betriebsleitung den Schaden nicht bemerkte, weshalb für die Anlage keine Pläne mehr vorhanden sind und nur die Firma Kuhn bei der Ausschreibung berücksichtigt wird.

In den Antworten von **Tiefbauingenieur Markus Kreibiehl** weist dieser darauf hin, dass die Schnecken ein- bis zweimal pro Woche inspiziert werden und da der Schaden unter der Wasseroberfläche ist, konnte er erst erkannt werden, als die Wasseroberfläche abgesenkt wurde. Es gebe drei Schneckenhersteller auf dem Markt, wovon die derzeitige Schnecke von einer holländischen Firma geliefert wurde, mit der bei Verhandlungen etc. sprachliche Probleme bestehen. Der andere Hersteller hat Probleme mit dem Außendienst, während mit der Firma Kuhn gut zusammengearbeitet wird und die Firma in der Nähe ist. Außerdem sei sie in der Lage, alle drei Fabrikate zu reparieren. Deshalb sei die Entscheidung für diese Firma gefallen.

Von **Bürgermeister Dr. Eger** wird im Rahmen der Aussprache darauf hingewiesen, dass derzeit lediglich 40 % der Förderleistung gegeben sind, was den Ersatz der beschädigten Schneckenpumpe dringend erforderlich macht und die Gemeinde nach dem Umwelthaftungsgesetz für eventuelle Schäden haftet. Im Bereich der Umwelttechnik gebe es auch nur wenige spezialisierte Firmen, so dass eine große Auswahl wie in anderen Angebotsverfahren nicht existiert.

Der Gemeinderat fasst mit 19 Ja- Stimmen, bei 1 Gegenstimme, folgenden Beschluss:

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung wird ermächtigt, die Fa. Kuhn aus Höpfigen mit der Leistung Demontage / Entsorgung, Lieferung und Montage Schneckenpumpen, Lieferung und Einbau oberes Lager und Antriebseinheit in Höhe von netto 56.000 € zu beauftragen. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Beschickung durch Kauf oder Leihe notwendiger Pumpen vorzunehmen.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt: 12
Ersatzbeschaffung des BHKW auf der Kläranlage; Vergabe Ingenieurleistungen	

Ausführungen und Beschluss:

Tiefbauingenieur Markus Kreibiehl hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

In der kurzen Aussprache, in der gefragt wird, warum die Verwaltung diese Ingenieurleistung nicht übernehme, wird informiert, dass in der Verwaltung keine Fachleute für Elektrotechnik vorhanden sind.

Es wird angeregt, die Kreditaufnahme als inneren Kredit vorzunehmen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung wird ermächtigt, die HydroIngenieur Energie & Wasser GmbH mit der Planung und Ausschreibung eines neuen BHKWs gem. HOAI 2009 Teil 4, Abschnitt 2, zu beauftragen. Die Leistungen werden der Honorarzone II Mindestsatz zugeordnet, mit einem Umbauszuschlag von 20 % und 5 % Nebenkosten.

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs wird ermächtigt einen Kredit in Höhe von 200.000 € aufzunehmen - es ist eine Laufzeit von 10 Jahren vorgesehen, Die Kreditaufnahme ist zum 01.01.2013 bei der Gemeinde vorgesehen. Bei zwischenzeitlichen Liquiditätsengpässen ist ein Kassenkredit bei der Gemeinde möglich.

Bürgermeister Dr. Eger geht auf die notwendige Entscheidung zur Aufstellung des einheitlichen Regionalplans ein, bei der für die Stellungnahme Fristen vorgegeben sind. Er schlägt vor, dass die Fraktionen Anregungen an die Verwaltung weiterleiten, die noch in die Stellungnahme einfließen können. Die Verwaltung werde die Anregungen den anderen Fraktionen zuleiten.

Der Gemeinderat ist mit der Vorgehensweise einverstanden.

Auf Anregung aus dem Gemeinderat werden noch die beiden Förderanträge behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö	Tagesordnungspunkt: 13
Vereinsförderung; Zuschussantrag Beschaffung Walze	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Beschaffung einer Walze durch den Modellflugsportverein zum Preis von 5.474 € wird nach den Förderrichtlinien mit einem Zuschuss von 33 %, maximal 1.807 € unterstützt.

Der vorzeitigen Beschaffung der Walze wird zugestimmt.

Der Zuschussbetrag ist im Haushaltsplan 2013 zu veranschlagen und nach Vorlage der Rechnung an den Verein auszuzahlen.

Sitzung am: Dienstag, 24. Juli 2012 Nr. 7 Ö
Vereinsförderung FC Rot;
Zwischenfinanzierung eines Zuschusses

Tagesordnungspunkt: 14

-

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der vom Badischen Sportbund zugesagte Zuschuss in Höhe von 12.540 € wird von der Gemeinde zinslos zwischenfinanziert.

Die Mittel werden überplanmäßig bereit gestellt.

Der Verein hat über den Betrag des Zuschusses eine Abtretungserklärung zugunsten der Gemeinde zu unterzeichnen.

Der im Haushaltsplan veranschlagte Zuschuss zur Umgestaltung des Tennenfeldes wird bewilligt.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Antrag, die Sitzung zu beenden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Sitzung zu beenden.

Daraufhin schließt Bürgermeister Dr. Eger die Sitzung.

-/-